



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Gesundheit Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 8. November 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-63-0114

Quartiersbezogene Gesundheitsversorgung

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -

Eine gute Gesundheitsversorgung im direkten Wohnumfeld ist besonders für vulnerable Gruppen elementare Daseinsvorsorge. Der Aufbau und die Unterstützung von kommunalen Gesundheitszentren oder Gesundheits-Kiosken in den Stadtteilen kann eine Unterstützung sein, um quartiersbezogene Gesundheitsprojekte in Wiesbaden weiter auszubauen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Eine Übersicht der vorhandenen Projekte quartiersbezogener Gesundheitsversorgung zu erstellen.
2. Zu prüfen, in welchen Stadtteilen besondere Versorgungsbedarfe bestehen und wo Gesundheitskioske prioritär von der Kommune initiiert werden können.
3. Zu prüfen, in welchen Stadtteilen quartiersbezogene Gesundheitsversorgung (siehe Modell: Curandum) aufgrund der vorhandenen, lokalen Gegebenheiten entwickelt werden kann.
4. Zu prüfen, ob im Rahmen von Fördermaßnahmen neue Berufsbilder wie Gemeindepfleger*innen und die Schnittstellenfunktion der „Community Health Nurse“ in der ambulanten Gesundheitsversorgung eingeführt werden könnten.
5. Zu berichten, in wieweit die EGW als zentrale Koordinierungsstelle zur Vernetzung der verschiedenen Akteure im Bereich Gesundheit und Pflege beim Ausbau quartiersbezogener Gesundheitsversorgung bereits jetzt involviert ist bzw. welche Rolle die EGW hier zukünftig übernehmen soll/wird/kann.

Änderungsantrag: Fraktion Freie Wähler / Pro Auto für den Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit -

22-F-63-0114 Quartiersbezogene Gesundheitsversorgung

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss eine Aufstellung der Projekte (ab 2016) quartiersbezogener Gesundheitsversorgung vorzulegen. Diese sollte das Quartier/den Stadtteil, den Beginn und die Laufzeit, den aktuellen Sachstand (z. B. laufend oder abgeschlossen), die (vulnerable) Zielgruppe, die Ergebnisse, ggf. Beteiligte Dritte und die Kosten beinhalten,

2. zu prüfen, in welchen Quartieren/Stadtteilen besondere Versorgungsbedarfe aktuell bestehen und wo Gesundheitskioske prioritär von der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) initiiert werden sollten und mit welchen Kosten dabei für die LHW zu rechnen ist,
 3. unverändert,
 4. zu prüfen, ob im Rahmen von Fördermaßnahmen neue Berufsbilder wie z. B. Gemeindepfleger*innen und die Schnittstellenfunktion der „Community Health Nurse“ in der ambulanten Gesundheitsversorgung eingeführt werden sollten,
 5. unverändert,
 6. (Neu) zu prüfen, ob hierfür Fördergelder über das Gesunde Städte Netzwerk akquiriert werden können.
-

Beschluss Nr. 0171

Der Antrag wird in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss eine Aufstellung der Projekte (ab 2016) quartiersbezogener Gesundheitsversorgung vorzulegen. Diese sollte das Quartier/den Stadtteil, den Beginn und die Laufzeit, den aktuellen Sachstand (z. B. laufend oder abgeschlossen), die (vulnerable) Zielgruppe, die Ergebnisse, ggf. Beteiligte Dritte und die Kosten beinhalten,
2. zu prüfen, in welchen Quartieren/Stadtteilen besondere Versorgungsbedarfe aktuell bestehen und wo Gesundheitskioske prioritär von der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) initiiert werden sollten und mit welchen Kosten dabei für die LHW zu rechnen ist,
3. zu prüfen, in welchen Stadtteilen besondere Versorgungsbedarfe bestehen und wo Gesundheitskioske prioritär von der Kommune initiiert werden können.
4. zu prüfen, ob im Rahmen von Fördermaßnahmen neue Berufsbilder wie z. B. Gemeindepfleger*innen und die Schnittstellenfunktion der „Community Health Nurse“ in der ambulanten Gesundheitsversorgung eingeführt werden sollten,
5. zu berichten, in wieweit die EGW als zentrale Koordinierungsstelle zur Vernetzung der verschiedenen Akteure im Bereich Gesundheit und Pflege beim Ausbau quartiersbezogener Gesundheitsversorgung bereits jetzt involviert ist bzw. welche Rolle die EGW hier zukünftig übernehmen soll/wird/kann.
6. zu prüfen, ob hierfür Fördergelder über das Gesunde Städte Netzwerk akquiriert werden können.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2022

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2022

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2022

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister